

Bundesrat

Drucksache 687/.../10

26.11.10

Protokollerklärung der Bundesregierung

Kernbrennstoffsteuergesetz (KernbrStG)

TOP 8 d) der 877. Sitzung des Bundesrates am 26. November 2010

Die Bundesregierung erklärt sich bereit, bis zum 30.06.2012 eine Evaluierung der mittelbaren Auswirkungen der Einführung einer Kernbrennstoffsteuer auf die Haushalte der Länder und Gemeinden (z. B. durch die Abziehbarkeit der Kernbrennstoffsteuer als Betriebsausgabe im Rahmen der Ertragsteuern entstehenden Minderungen) durchzuführen.

Zu diesem Zweck wird eine gemeinsame Arbeitsgruppe der Bundesregierung und der Länderfinanzminister eingesetzt.

Im Ergebnis dieser Evaluierung wird eine Kompensation für die aus der Einführung des Gesetzes resultierenden Belastungen der Länder und Gemeinden geprüft.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung die Programme, die sich aus dem Energie- und Klimafonds ergeben, mit den Ländern beraten, um die regionale Effizienz und die Umsetzbarkeit zu steigern.